Offener Brief

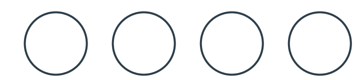
Leipziger Bürgerrechtlerin Kallenbach attackiert Wagenknecht – „Das erinnert an DDR-Zeiten“




Anhören

Prominente DDR-Bürgerrechtler, darunter die Leipzigerin Gisela Kallenbach, werfen Sahra Wagenknecht und ihrem Bündnis vor, bewusst zu lügen. Sie warnen vor einer Koalition mit dem BSW.

André Böhmer
05.08.2024, 18:00 Uhr



Leipzig/Berlin. Konfrontation zwischen prominenten DDR-Bürgerrechtlern und Sahra Wagenknecht und ihrem Bündnis BSW: In einem Offenen Brief, den der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk am Sonntag auf der Plattform X veröffentlichte, werfen frühere Bürgerrechtler Wagenknecht und dem BSW Desinformation, Lügen und eine fehlende kritische Auseinandersetzung mit dem russischen Regime vor. Auch vor einer Regierungsbeteiligung der neuen Partei BSW nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen (jeweils 1. September) wird dringend gewarnt. Wagenknecht wies die Attacke scharf zurück und kritisierte umgehend die Initiatoren.

Kritik an Russland-Politik

Zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes gehören neben Marianne Birthler, Rainer Eckert (Ex-Chef des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig), Markus Meckel und dem Thüringer Christian Dietrich auch die ehemaligen DDR-Oppositionellen Gisela Kallenbach, Oliver Kloss und Rainer Müller aus Leipzig. „Wir haben lange darüber diskutiert und waren uns dann schnell einig, dass wir endlich öffentlich werden müssen", sagte Kallenbach auf LVZ-Nachfrage. Die Initiative sei vom Zwickauer Martin Böttger ausgegangen. Für sie sei es sofort klar gewesen, dass sie den Brief inhaltlich mittrage, so Gisela Kallenbach, die als Politikerin von Bündnis 90/Grüne nach der Wiedervereinigung lange Zeit in Sachsen mitgeprägt hat.

Konkret kritisiert wird in dem Schreiben, dass das BSW die Lage in Russland nicht sehe. Im Kreml herrsche ein Autokrat, „der sich wie ein Faschist benimmt. Er verbietet Opposition und lässt prominente Oppositionelle umbringen". Auch auf die fehlende Pressefreiheit gehen die Unterzeichnenden des Offenen Briefes ein und ziehen Parallelen zur Lage in der DDR.

Kallenbach: „Bündnis unter königlicher Führung"

Ebenfalls mahnen die Bürgerrechtler an, dass das BSW Lügen der russischen Seite im Ukraine-Krieg übernehmen würde. Als Beispiel dient die Falschmeldung, französische Soldaten würden an der Front operieren. Präsident Macron dementierte dies, Mitglieder des BSW hielten dennoch an der Unterstellung fest. „Das erinnert fatal an DDR-Zeiten", empört sich Kallenbach und verweist auf die Mechanismen der SED-Herrschaft. „Auch da war es üblich, das Volk in den Medien zu belügen."

Lesen Sie auch

- Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Sachsen 2024
- Tausende Anfragen, Fehltage und Co: Wer in Sachsens Landtag gerne redet, oft fehlt und viel fragt
- Gruß vom Abgrund: Wie Die Linke um ihr Überleben in Sachsen kämpft
- Sachsen und Thüringen: Wo die SPD ums Überleben kämpft

Was Kallenbach im Zusammenhang mit den BSW-Anschuldigungen besonders umtreibt, ist die personelle Aufstellung der Wagenknecht-Partei, dem

„Bündnis unter königlicher Führung“, wie sie süffisant anmerkt. Viele von ihnen hätten eine glatte DDR-Biografie und haben als SED-Mitglieder das System entscheidend mitgetragen, so die Leipziger Bürgerrechtlerin. Auch das wecke in ihr ungute Erinnerungen an die DDR-Zeit. „Dass das 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution wieder hochkommt, tut schon gedanklich weh.“ Und deshalb, so Kallenbach, müsse vor allem die CDU im Osten vor einer Koalition mit dem BSW gewarnt werden.

Wagenknecht reagierte auf die Vorwürfe scharf. „Der Brief ist wohl kaum im Sinne der DDR-Bürgerrechtsbewegung, von der sich viele unter den Slogans ‚Frieden schaffen ohne Waffen’ und „Schwerter zu Pflugscharen“ für Frieden und ein Ende des Wettrüstens einsetzten“, sagte die BSW-Chefin der dpa. „Das Bemühen um eine diplomatische Beendigung des Ukraine-Krieges als russische Propaganda zu diffamieren, ist auch eine Beleidigung für Millionen Ostdeutsche, die zu Recht Angst vor einem großen europäischen Krieg haben.“

Wagenknecht: Neue Partei soll diskreditiert werden

Hier solle offenbar eine neue Partei, die vielen Menschen aus dem Herzen spreche, wenige Wochen vor entscheidenden Wahlen diskreditiert werden, mutmaßte Wagenknecht. „Dass sich aktuell viele Ostdeutsche bei politischen Debatten wieder an die Enge der DDR-Zeit erinnert fühlen, müsste eigentlich frühere Bürgerrechtler auf den Plan rufen.“ Doch hätten die Briefeschreiber offenkundig den Kontakt zur Bevölkerung weitgehend verloren.

LVZ